

# Zum Referendum am 7. November

**PRESSEKONFERENZEN:** Der Bürgermeister spricht von Klärung des Sachverhalts, Promotorenkomitee von Irreführung 22.10.10

**BRUNECK (ru/mt).** Bürgermeister Christian Tschurtschenthaler bleibt dabei: „Bei der Volksbefragung am 7. November geht es nicht um das Projekt Ried“. Dies habe Stefan Beikircher, der Präsident der Fachkommission für die Volksbefragung, in seinem Antwortschreiben klar gestellt. „Es geht sehr wohl auch um das Projekt Ried“, kontert jedoch das Promotorenkomitee.

Durch das Schreiben Beikirchers sei Klarheit geschaffen worden und als Bürgermeister habe er es als seine Pflicht gesehen, diese wichtige Information an den Gemeinderat weiterzugeben, betont Christian Tschurtschenthaler. Ihm nun vorzuwerfen, dass er bewusst Verwirrung stiften und verunsichern wolle, sei unfair. Mit dem Verlesen von Beikirchers Antwortschreiben habe er nicht Verwirrung gestiftet, sondern Klarheit geschaffen.

„Mich nun zum Buhmann zu machen, ist unfair. Es war meine Pflicht, den Sachverhalt zu klären.“

Bürgermeister Christian Tschurtschenthaler

Wenn man von Verwirrung sprechen wolle, dann müsse dieser Vorwurf eher jene treffen, die seinerzeit die Fragestellung für die Volksbefragung formuliert haben, pariert Tschurtschenthaler.



Bis gestern informierten nur die Befürworter der Nein-Stimmen bei der Volksbefragung mit Plakaten. mt

schenthaler. In der Fragestellung der Promotoren sei nämlich vom Projekt Ried nicht die Rede. Dies wohl auch bewusst, nachdem ein erster Antrag, der sich konkret auf das Projekt Ried bezogen hatte, mit dem Verweis abgelehnt worden war, dass Ried ein übergemeindliches Projekt sei und es damit unzulässig sei, eine Volksbefragung darüber nur in einer Gemeinde durchzuführen.

## „Einleuchtende Erklärung“

Stattgegeben worden sei dem Antrag, der sich generell auf die Erschließung des Nordosthangs des Kronplatzes beziehe. Und anders als von den Promotoren ausgelegt, leuchte es ein, dass es bei der Volksbefragung

nicht um Ried gehen könne, zumal dieses nach wie vor ein Projekt sei, das eben drei Gemeinden betreffe. Am 7. November gehe es also nicht um das Projekt Ried, sondern um eventuelle künftige Erschließungen am Nordosthang des Kronplatzes auf Brunecker Gemeindegebiet.

Dass die Klärung des Sachverhaltes spät erfolge, räumt Bürgermeister Tschurtschenthaler ein. Nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung, sondern wohl auch die Politiker dürften bislang davon ausgegangen ein, dass es am 7. November nicht nur, aber auch um Ried geht. Nach der Genehmigung des Projektes Ried durch die Landesregierung im Juni 2010 hatte Landeshauptmann Durnwalder nämlich erklärt, dass man

gleichzeitig mit der Genehmigung von den Liftbetreibern wie von der Gemeinde eine schriftliche Erklärung eingefordert habe, „dass vor Abschluss der dazu anstehenden Volksbefragung keine Baugenehmigung beantragt oder ausgestellt wird“.

## „Demokratisches Recht“

Anschließend an die Pressekonferenz des Bürgermeisters haben das Promotorenkomitee für die Volksbefragung, die Plattform Pro Pustertal und die Aktionsgemeinschaft Reischach zu einer Pressekonferenz geladen. Die Vertreter der einzelnen Gruppen erinnerten noch einmal an die inzwischen vier Jahre zurückreichenden Bemühungen, das Projekt Ried zu Fall

## VOLKSBEFRAGUNG

### Fragestellung

BRUNECK. Die für die Zulässigkeit von Volksbefragungen zuständige Fachkommission hat im März 2009 folgende Fragestellung für die Volksbefragung am 7. November 2010 zugelassen: „Soll die zuständige Gemeindeverwaltung die urbanistischen Voraussetzungen schaffen und die Genehmigungen erteilen für die Errichtung von skitouristischen Infrastrukturen wie Pisten und/oder Aufstiegsanlagen am Nordosthang des Kronplatzes östlich der Hernegg-Piste mit den Weilern Ried und Walchhorn?“. Über diese Frage wird am 7. November auch abgestimmt. Wahlberechtigt sind 12.449 Bürger, und zwar 6386 Frauen und 6063 Männer. Gültig ist die Volksbefragung, wenn 40 Prozent der Wahlberechtigten daran teilnehmen.

bzw. die Volksbefragung zustande zu bringen. Für die Ried-Gegner geht es bei der Volksbefragung sehr wohl auch um das Projekt der Kronplatz AG. Die Fragestellung sei klar. Die am Montag verlesene Erklärung von Rechtsanwalt Beikircher habe keine Klärung, sondern viel Unruhe gebracht, erklärten Walter Huber, Christine Baumgartner und Claudia Renzler.

Die Ried-Gegner riefen die Bevölkerung auf, von ihrem demokratischen Recht Gebrauch zu machen, sich massiv an der Volksbefragung zu beteiligen und ihre Stimme abzugeben.